

Landesdelegiertenkonferenz

21. November 2009

Umweltforum Jerusalemkirche
Lindenstraße 85, Berlin (Kreuzberg)

Eingereicht von:
Stefan Ziller (KV Marzahn-
Hellersdorf)

Gegenstand:
Beschlussantrag

A-2

Grüne

Öffentlichen Raum von Plakatflut befreien

Die LDK möge beschließen:

5

Bündnis 90 / Die Grünen setzen sich dafür ein, die Plakatflut in den Wahlkämpfen zu reduzieren. Neben dem Recht der Kandidierenden die BürgerInnen umfassend über ihre politischen Pläne zu informieren, wollen wir in Zukunft eine unangemessene Störung des öffentlichen Raumes verhindern.

10

Der Landesvorstand wird aufgefordert, im Gespräch mit den anderen demokratischen Parteien hierfür eine einvernehmliche Lösung zu suchen. Darüber hinaus wird die BündnisGrüne Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus aufgefordert, dies durch eine parlamentarische Initiative zu unterstützen.

15

Insbesondere soll geprüft werden, in wie weit von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden kann, das Sondernutzungsrecht für öffentliches Straßenland (sowohl für die typischen „Kleinflächenplakate“ an Laternen als auch für Großflächenplakate (Wesselmänner)) auf wenige und ausgewählte Bereiche zu beschränken.

20

Begründung:

25

Die Überflutung des öffentlichen Raumes mit Werbung und „Informationen“ aller Art hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Gerade (aber nicht nur) in Wahlkämpfen nimmt die Belastung unangemessen und über den wichtigen Informationsbedarf hinaus zu. Nicht nur aus Ressourcengründen (die ökologischen!!!) ist weniger in diesem Fall mehr!

30 Andere Gemeinden beschränke die Möglichkeit auf einzelne Werbetafeln, die allen Parteien/
Kandidierenden zur Verfügung gestellt werden. Auch eine Beschränkung in der Anzahl der
Plakate oder eine räumliche Beschränkung des Sondernutzungsrechtes sind Möglichkeiten
das Ziel zu erreichen.

35 Auch der Bund der Steuerzahler kritisiert die hohen Wahlkampfkosten der Parteien als
inhaltsleere Materialschlacht – und meldet Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Ausgaben an.
Diese Bedenken sollten in die Überlegungen einbezogen werden.

Der Antrag soll die notwendige Debatte anstoßen und vor dem nächsten Berlin Wahlkampf
umgesetzt werden.